



# VOLKSBLATT

Amtliches Publikationsorgan • 124. Jahrgang, Nr. 20

VERBUND | SÜDOSCHWEIZ

## FREITAG

### Der Trubel um Haider

SCHAAN: «Wir haben keinen Einfluss darauf, ob Jörg Haider nun an der LIHGA im Rahmenprogramm referiert oder nicht», sagte Arnold Matt, Präsident der GWK an der Pressekonferenz. Die GWK nahm Stellung zum Auftritt des umstrittenen Politikers an der diesjährigen LIHGA. Seite 5

### MBA-Studium auf drei Kontinenten

Die Fachhochschulen Liechtenstein und Vorarlberg bieten ein Weiterbildungsstudium für international tätige Führungskräfte an. Das post-graduale Studium «International Management», das teilweise an Universitäten in England, Kanada und China absolviert wird, führt zum Master of Business Administration (MBA). Die Hilti AG fördert das Studienprogramm. Seite 7

### Enron-Chef tritt zurück

HOUSTON: Die grösste Firmenpleite in der US-Geschichte hat den Chef des bankrotten Energiekonzerns Enron den Job gekostet. Kenneth Lay gab in der Nacht zum Donnerstag seinen Rücktritt bekannt. «Dies war eine Entscheidung, die der Vorstand und ich in Übereinstimmung mit dem Gläubigerausschuss getroffen haben», hiess es in der in Houston veröffentlichten Erklärung. Seite 13

### «Aufstieg» in die Formel Renault



AUTOMOBIL: Nach einer eher durchwachsenen Saison 2001 in der BMW-Formel-ADAC-Meisterschaft geht Philipp Eberle (Bild) neue Wege. Die kommende Saison startet der Balzner mit dem Team «G+J Motorsport» in der Formel Renault. Seite 18

### REKLAME

Fassadenrenovationen und Isolationen • Innenausbau  
Trockenbau • Brandschutz  
Gerüstbau



GIPSERMEISTER • SCHAAN  
TEL. 232 24 30 • FAX 232 34 20  
DER NAME BÜRGT FÜR SICHERHEIT

## «Es hat sich schon viel getan»

GWK schlägt Einrichtung einer zentralen Aufsichtsbehörde zur Vergabe von Staatsaufträgen vor

Nach der Veröffentlichung eines Leserbriefes betreffend die Politik zur Vergabe von Staatsaufträgen ins Ausland erhitzen sich die Gemüter. Die GWK erteilte der Regierung in einer gestrigen Pressekonferenz gute Noten betreffend die Behebung dieser Probleme.

Rebecca Marogg

«Es handelt sich hierbei um kein neues Problem. Im Gegenteil: Seit der Regierung Hasler hat sich sogar schon einiges verbessert.» Dies erklärte der Präsident der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, Arnold Matt, eingangs der gestrigen Pressekonferenz. Die GWK nahm Stellung zur Praxis der Vergabe von Staatsaufträgen.

### Massnahmen ergriffen

«Leider befinden sich die diesbezüglich ergriffenen Massnahmen derzeit noch bei verschiedenen Stellen in der Vernehmlassung und konnten noch nicht greifen», erklärte Arnold Matt. Die Arbeitsgruppe «Prozedere», der unter anderem auch Regierungschef Otmar Hasler und der FBP-Landtagsabgeordnete Wendelin Lampert angehören, sei seit längerer



Arnold Matt (links) und Oliver Gerstgrasser von der GWK erteilten der Regierung gute Noten für ihre Politik im Bezug auf die Vergabe von Staatsaufträgen. (Bild: Paul Trummer)

Zeit mit der Bearbeitung der Problematik beschäftigt, führte Arnold Matt weiter aus. Die Probleme seien allen bewusst und würden laufend behandelt.

### Einrichtung einer Aufsichtsbehörde?

Als geeignete Massnahme um die Auftragsvergabe möglichst innerhalb der Landes-

grenzen zu halten, nannte Arnold Matt eine zentrale Aufsichtsstelle, die das Prozedere von Anfang bis Ende betreuen würde und damit am ehesten die Übersicht behalten könnte.

Oliver Gerstgrasser, Geschäftsleiter der GWK, fügte hinzu, dass es unter anderem sehr wichtig wäre, die Zuschlagskriterien bei der Aus-

schreibung genau festzulegen. «Einen Auftrag nach Qualität zu vergeben ist ausgesprochen schwierig. Wie definiert man denn Qualität? Da kommt ein Unternehmer mit einer ISO-Zertifizierung und einer, der in seinem Betrieb drei Meister beschäftigt. Welcher der beiden liefert denn nun mehr Qualität? Hier braucht es genaueste Richt-

linien, die festhalten, nach welchen Kriterien der Zuschlag erteilt wird», führte Oliver Gerstgrasser aus. Es liege nun an der Regierung zu entscheiden, wie weiter vorgegangen werde, erklärte Arnold Matt. In dieser Form der Zuschlagsvergabe ist es immer der einzelne Mensch, der entscheidet. Er oder sie entscheidet, wie er ausschreibt. Es wäre ausgesprochen wichtig, dass in dieser Richtung eine Aufsichtsbehörde, vielleicht eine Stabsstelle tätig wird.»

### Lehrlinge als Sündenböcke

In verschiedenen Leserbriefen ist die Rede davon gewesen, dass Betriebe unter diesen Umständen keine Lehrlinge mehr ausbilden würden. Arnold Matt zeigte sich mit dieser Aussage nicht einverstanden. «Die Lehrlinge können nichts dafür, wenn einige Amtsleiter nicht den vollen Spielraum ausnutzen, den das Gesetz zulässt. Und das Gesetz hat Spielraum.»

Arnold Matt erklärte, dass zum Beispiel im Falle des Rechenschaftsberichtes gar keine Ausschreibung in der Zeitung erfolgt sei, sondern dass die Liechtensteiner Unternehmen, die der Auftrag betraf, per Brief angeschrieben worden seien und so ihre Eingabe hätten machen können.

## Extra für Warmduscher

Siegerprojekt zur Sanierung des Schwimmbads Mühleholz gekürt

Das Schwimmbad Mühleholz soll für rund acht Millionen Franken in ein supermodernes Erlebnisbad umgewandelt werden. Eine Arbeitsgemeinschaft aus Liechtenstein hat den entsprechenden Grossauftrag bekommen.

Mit der Sanierung soll im kommenden Herbst begonnen werden. Voraussgesetzt, die Regierung und der Landtag erklären

sich bereit, das Bauprojekt zur Hälfte mit Geldern aus der Staatskassa zu subventionieren. Für die weiteren vier Millionen Franken wollen die Gemeinden Schaan und Vaduz selber aufkommen.

### Attraktiv für Jung und Alt

Im Zuge der Sanierung soll das Kinderplanschbecken vergrössert und übersichtlicher

werden. Das Nichtschwimmerbecken soll mit einem Whirlpool erweitert und das Becken für die Sprungtürme separiert werden. Ausserdem wird das Wasser der Duschen künftig mittels Sonnenkollektoren aufgeheizt. Aber auch Sport ausserhalb vom Wasser kommt nicht zu kurz. Geplant sind zwei Beachvolleyballfelder, ein Basketball- und ein Fussballfeld. (DM) Seite 3



Wenn das Schwimmbad Mühleholz fertig saniert ist, wollen sich der Schaaner Gemeindevorsteher Hansjakob Falk und der Vaduzer Bürgermeister Karlheinz Ospelt genau dort einen kühlen Drink gönnen. Bis zum Mai 2003 werden sie wohl noch warten müssen. (Bild: Brigitt Risch)

## Krise überwunden

Koalitionspartner in Wien betonen Einigkeit

WIEN: Die Krise in der österreichischen Regierung ist offenbar überwunden. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) und die stellvertretende Regierungschefin Susanne Riess-Passer vom kleineren Koalitionspartner FPÖ erklärten am Donnerstag in einer gemeinsamen Pressekonferenz, sie wollten bis zum Ende der Legislaturperiode weiter zusammenarbeiten.

Noch am Vortag hatte die FPÖ im Streit um das Volksbegehren gegen den tschechischen Atommeiler Temelin erneut mit Neuwahlen gedroht.

«Dieses Reformprojekt ist nicht zu Ende, ganz im Gegenteil, wir werden weiterarbeiten bis zum Ende der Legislaturperiode», betonte Schüssel nach Berichten der österreichischen Nachrichtenagentur APA. Beide Politiker gestanden jedoch ein, die Situation in der Koalition aus Volkspartei und Freiheitlichen sei in den vergangenen Tagen und Wochen nicht einfach gewesen. Der Kanzler sprach von «Irritationen und massiven Spannungen». Diese seien aber in ausführlichen Gesprächen ausgeräumt worden.

Es sei offensichtlich gewesen, dass die Koalition in einer

schwierigen Situation war», sagte Riess-Passer. Jetzt müsse man sich wieder auf den Wählerauftrag konzentrieren, «der an uns beide gerichtet ist». Es seien noch viele Reformen umzusetzen.

Auslöser für den Streit in Wien war das von der FPÖ initiierte Volksbegehren gegen Temelin. Darin wurde die Regierung aufgefordert, die Abschaltung des Meilers zur Bedingung für den EU-Beitritt der Tschechischen Republik zu machen. Schüssel hatte jedoch erklärt, wenn die EU-Erweiterung als «Herzstück» der Regierung fehle, «dann geht es nicht mehr». Daraufhin hatte auch die FPÖ mit Neuwahlen gedroht.

### Volksbegehren nicht ignorieren

In Bezug auf Temelin werde man darauf achten, dass die Regierung in Prag die vereinbarten Zusagen einhalte, sagte Schüssel laut APA. Nach den tschechischen Wahlen im Sommer wolle man mit der neuen Regierung wieder Gespräche aufnehmen. Riess-Passer betonte, die Stilllegung von Temelin müsse weiterhin angestrebt werden. Die FPÖ werde das Ergebnis des Volksbegehrens nicht ignorieren.